Kolumne : die Lohnaristokratie schwächt die Demokratie

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **100 (2006)**

Heft 5

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Josef Lang

Die Lohnaristokratie schwächt die Demokratie

Als der *Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)* die Forderung «Löhne rauf!» mit der Forderung «Lohngleichheit jetzt» verband, dachte er primär an die *Frauen*. Sie verdienen bekanntlich immer noch ein Fünftel weniger als die Männer. Und das 25 Jahre nach der Abstimmung über die gleichen Rechte. Aber möglicherweise dachte der SGB auch an die Vasella, Ospel, Brabeck ... Diese haben die erste der beiden gewerkschaftlichen Forderungen prompt erfüllt – für sich selbst! Gleichzeitig haben sie die *allgemeine Lohnungleichheit* drastisch verschärft.

Novartis-Chef *Daniel Vasella* verdient mit seinen 30 Millionen Franken gleich viel wie 450 Durchschnittsverdienende in diesem Land. Und mehr als 500 berufstätige Frauen. Man mag nun einwenden, Vasella habe eine überdurchschnittliche Ausbildung, Arbeitspräsenz und Verantwortungslast. Vergleichen wir also sein Einkommen mit dem von Kaderleuten! Vasella verdient immer noch 340mal mehr als ein gutes, arbeitsames, verantwortungsbewusstes Kadermitglied der Schweizer Wirtschaft.

Das Lohngefälle in der Schweiz ist ein volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer *Skandal*. Den gigantischen Abzocker-Löhnen einer kleinen Minderheit steht eine Stagnation der durchschnittlichen Reallöhne in den letzten zehn Jahren gegenüber. Aber in der gleichen Zeit hat die *Produktivität* der Arbeitenden zugenommen. Die lohnabhängige Bevölkerung erbringt höhere Leistungen, ohne dafür höhere Gegenleistungen zu bekommen. Den erwirtschafteten Mehrertrag kassieren Unternehmensleitungen und Kapitalbesitzende ab. Das verschärfte Lohngefälle führt zu einer Verschärfung des *Vermögensgefälles*. In der Schweiz besitzen die drei Prozent Reichsten gleichviel wie die anderen 97 Prozent.

Derartige Lohn- und Besitzunterschiede sind nicht nur sozialpolitisch, sie sind auch *demokratiepolitisch* höchst problematisch. Erstens hat das dramatische Vermögensgefälle ein *Machtgefälle* zur Folge. Was findet beim Bundesrat mehr Gehör: das Machtwort eines Vasella oder die Petition von 500 werktätigen Frauen?

Diese Unterschiede bedeuten sodann über das Machtgefälle hinaus eine Gefahr, deren wir uns viel zu wenig bewusst sind. Bekanntlich baut die moderne Demokratie auf dem Grundsatz der *Gleichwertigkeit* zuerst aller Bürger, inzwischen aller Bürgerinnen und Bürger, auf. Auch wenn dieses liberale Grundprinzip nur die formale Gleichheit vor dem Gesetz meint, ist eines klar: Wenn die Verdienste der Bürgerinnen und Bürger eines Landes in einem *Missverhältnis von 450 zu 1* stehen, dann untergräbt das den Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Bürgerinnen und Bürger. Schleichend wie «die normative Kraft des Faktischen». Wenn aber die harten Fakten derart ungleich sind, dann zerstören sie die Grundnorm der demokratischen Gleichheit.

An der jüngsten Aktionärsversammlung der Novartis hat ein kritischer Aktionär genau darauf hingewiesen. Die 30 Millionen Franken Jahreslohn passten nicht in eine Demokratie. Sie führten zur *Rückkehr der Aristokratie* in der Schweiz.

Die Aargauerinnen und Aargauer feierten kürzlich den 200. Geburtstag eines der konsequentesten Gegner, den

die Aristokratie dieses Kantons und dieses Landes kannte: *Augustin Keller.* Er würde heute mit uns gegen die Geldaristokratie kämpfen. Er würde den «Geldjunkern», wie er die damaligen Abzocker nannte, vorhalten: «Ihr meint, Alles im Staat sei nur euretwegen da.» Den härtesten Kampf gegen die Grosskapitalbesitzer führte Augustin Keller bei der Einführung einer direkten Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer. Augustin Keller vertrat diese Anliegen im Namen der «sozialen Gleichheit», die für ihn untrennbar mit der «politischen Freiheit» verbunden war. Seine innerparteilichen Gegner vom Rechtsfreisinn sprachen von einer «kommunistischen Schelmenverfassung», weil sie «nur darauf aus gehe, den Reichen ihre Sach' zu stehlen». Ganz ähnliche Töne von rechts hören wir heute wieder.

Augustin Keller machte sich weiter stark für die Einführung eines Fabrikgesetzes. Im Zusammenhang mit der Armenpflege entwickelte er die Idee eines *garantierten Existenzminimums.* Für ihn galt ein Grundsatz, der inzwischen in der Präambel der neuen Bundesverfassung steht: «... dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.» Und das Wohl der Schwachen hängt stark am Lohn der Schwachen. Auch die Stärke der «Volks»-Wirtschaft bemisst sich nicht am Lohn der Starken oder vermeintlich Starken.

Was der «Freie Aargauer» in seiner ersten Ausgabe vor genau 100 Jahren schrieb, gilt heute erst recht: Der Aargauer Bürgerblock, insbesondere der *Freisinn,* ist zu einer «Hochburg der Reaktion» geworden, weil er «einzig und allein auf die Geldinteressen der Besitzenden Rücksicht nimmt». Die Bürgerlichen senken die Einkommens-, Vermögens-, Kapital- und Ertragssteuern für die Reichen. Die von Augustin Keller vehement vertretene Erbschaftssteuer wurde ganz oder weitgehend abgeschafft. Bei ihrer Steuersenkungspolitik eifern die meisten Kantone jenem Kanton nach, der wegen der *tiefen Steuern* die *höchsten Mieten* der Schweiz hat. Und von dessen Steuerdumping-Politik laut einer aktuellen UBS-Studie nur jene profitieren, die über 200 000 Franken verdienen. Zu ihnen gehört ein gewisser Daniel Vasella, der am schönen Zugersee in einer prächtigen Villa wohnt.

Angesichts der grossen Steuerunterschiede stellt sich ein weiteres Demokratie-Problem. Ist es einer Republik würdig, dass es Kantone gibt, in denen die Steuerbelastung dreimal höher ist als in anderen Kantonen? Ist es ein Zufall, dass es ausgerechnet ehemalige Sonderbundskantone sind, die heute eine *sonderbündische Steuerpolitik* betreiben? Die Zuger Linke sammelt Unterschriften für ein Referendum gegen ein zusätzliches Steuerdumping. Aus Solidarität mit den anderen Kantonen, aber auch mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger im eigenen Kanton, die bei den Mieten mehr verlieren, als sie bei den Steuern gewinnen. Der helvetische Steuerdumpingwettbewerb nützt nur den Reichen.

Und aus Solidarität mit den Ärmsten der Welt. Wenn ein *Schweizer Multi* die Steuern in Bolivien oder Peru hinterzieht und die Gewinne in einer helvetischen Steueroase zu einem viel tieferen Satz versteuert, dann fehlt dort das Geld im Gesundheitswesen, für die Wasserversorgung oder die Subventionierung von Nahrungsmitteln, in einem Wort: für das Überleben. Der *globale Steuerwettbewerb* kostet in der Dritten Welt täglich Tausenden von Menschen das Leben! Eine Welt, in der die Lebenschancen, aber auch der Energieverbrauch, derart ungleich verteilt sind, wird nie den Frieden finden.

Gleichheit und Freiheit sind kein Widerspruch. Im Gegenteil ist, worauf bereits Augustin Keller hingewiesen hat, die Existenzgarantie, aber auch der gleichberechtigte Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung die Voraussetzung für ein mündiges, *selbstbestimmtes Leben.* •